

Das Notbett raubt den Schlaf

Scharfe Kritik wegen der Notschlafstelle an die Adresse der Stadt: Die Kosten seien zu hoch, die Infos zu dürftig.

Die Sozialdirektion der Stadt Bern steht wegen der von ihr im Winter 2003/04 angebotenen Notschlafstelle für Drogensüchtige unter Beschuss. Am Donnerstagabend wurden im Stadtrat die Höhe der Kosten und die mangelnde Information durch die Stadt bemängelt. Seit November 2003 steht Drogenabhängigen an der Hodlerstrasse in Bern eine Notschlafstelle mit acht Betten zu Verfügung. Nach Berechnung der städtischen Direktion für Soziale Sicherheit (DSO) kostet ein Bett 173 Franken pro Nacht, wie diese Zeitung publik gemacht hatte. Die Stadt begründet die hohen Kosten mit dem Bedarf von professionellem Personal.

Stadt informierte falsch

Die Kosten kamen indes für FDP-Stadtrat Philippe Müller einem «Viersternehotel» gleich. In einer Interpellation kritisierte er



«Unglückliche Zahlen»: BILD WPF
Direktorin Therese Frösch.

«falsche Budgetvorgaben» der Stadt: Im Budget 2004 sei mit 36 Franken pro Nacht für ein Notbett lediglich ein Fünftel des von der DSO errechneten Betrags veranschlagt. Zudem verursache das Projekt Notschlafstelle Doppelspurigkeiten mit anderen Sozialdiensten, monierte Müller am Donnerstag im Rat. Die DSO



«Falsche Antworten»: BILD WPF
Stadtrat Philippe Müller.

zeige einen «liederlichen Umgang mit Geld» auf. Er kritisierte auch die Informationspolitik der Sozialdirektion: Die Antwort des Gemeinderates sei unvollständig und «teilweise falsch».

Notbett noch 105 Franken

Der Gemeinderat lieferte für die Sitzung am Donnerstag eine

korrigierte und präzierte Fassung seiner Antwort nach. Sozialdirektorin Therese Frösch räumte jedoch ein, dass die Rechnung mit dem Maximalpreis von 173 Franken «unglücklich» gewesen sei. Heute gehe die DSO von 105 Franken pro Bett und Nacht aus.

Fehler gestand Frösch auch bei der Aussage ein, die Kosten seien «automatisch lastenverteilungsberechtigt». Sie basiere auf einer vom Kanton abweichenden Interpretation des Sozialhilfegesetzes. Es sei aber noch kein Entscheid über einen Lastenausgleich gefallen. Der Kanton müsse entsprechende Steuerungsvorgaben im Bereich Obdach/Wohnen erst noch erlassen.

«Ein absoluter Einzelfall»

Therese Frösch entschuldigte sich für die Behandlung des Geschäfts durch die DSO, betonte aber, es handle sich dabei um einen «absoluten Einzelfall». Sie selbst sei im Sommer 2003 damit konfrontiert worden, als sie die DSO gerade erst übernommen habe und noch nicht eingearbeitet gewesen sei.